

Kleine Anfrage

Haltung Liechtensteins zu den Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan

Frage von Landtagsabgeordnete Manuela Haldner-Schierscher

Antwort von Regierungschefin-Stellvertreterin Sabine Monauni

Frage vom 04. März 2026

Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 hat sich die Menschenrechtssituation in Afghanistan dramatisch verschlechtert, insbesondere für Frauen und Mädchen, die systematischer Diskriminierung und dem Ausschluss aus Bildung, Arbeit und dem öffentlichen Leben ausgesetzt sind. Liechtenstein betont in seiner Aussenpolitik traditionell den Schutz der Menschenrechte und engagiert sich international in diesem Bereich. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende drei Fragen:

- * Verurteilt die Regierung die anhaltenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, durch die Taliban in Afghanistan ausdrücklich?
- * Falls ja: In welcher Form ist diese Verurteilung bislang erfolgt?
- * Falls nein: Aus welchen Gründen hat die Regierung bislang von einer expliziten Verurteilung abgesehen?

Antwort vom 05. Dezember 2025

zu Frage 1:

Die Regierung verurteilt die anhaltenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan ausdrücklich. Besonders betroffen von diesen gravierenden Einschränkungen sind Frauen und Mädchen, deren grundlegende Rechte durch die Taliban massiv verletzt werden. Die Regierung beobachtet diese Entwicklungen mit grosser Sorge und hat wiederholt auf die dramatischen Auswirkungen auf die afghanische Zivilbevölkerung hingewiesen. Gleichzeitig betont die Regierung die Verpflichtung der Einhaltung menschenrechtlicher Standards, die sich aus unterschiedlichen Übereinkommen ergeben, denen Afghanistan beigetreten ist. Die Unterdrückung von Frauen und Mädchen und deren Verbannung aus dem öffentlichen Raum stellen schwerwiegende Verletzungen mehrerer dieser Übereinkommen dar.

zu Frage 2:

Die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan erfolgt in mehreren Formen. So hat sich Liechtenstein an der UNO in eigenen Stellungnahmen, mehrfach auch auf Ministerebene, klar zur Situation in Afghanistan geäußert und die systematische Verletzung grundlegender Menschen- und Frauenrechte deutlich kritisiert.

Darüber hinaus setzt sich Liechtenstein in internationalen Gremien konsequent und kontinuierlich für den Schutz und die Stärkung der Menschen- und Frauenrechte ein, insbesondere im UNO-Menschenrechtsrat sowie in der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW), in der Liechtenstein derzeit den Vizevorsitz innehat. Liechtenstein hat überdies die Schaffung eines Untersuchungsmechanismus durch den UNO-Menschenrechtsrat im Oktober 2025 zur Dokumentation von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan mit besonderem Fokus auf Frauen und Mädchen unterstützt.

Liechtenstein hat zudem Erklärungen anderer Staaten, die die Menschenrechtslage in Afghanistan thematisieren und die Unterdrückung von Frauen und Mädchen durch die Taliban verurteilen, unterstützt.

Liechtenstein ist ein starker Unterstützer des Internationalen Strafgerichtshof und verfolgt dessen Untersuchung zur Situation in Afghanistan genau. Der Strafgerichtshof hat am 8. Juli 2025 unter anderem Haftbefehle gegen den höchsten Führer der Taliban sowie den Obersten Richter erlassen – dies aufgrund möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere der Verfolgung aus Gründen des Geschlechts gegen Frauen und Mädchen. Liechtenstein hat den Erlass der Haftbefehle ausdrücklich begrüßt.

zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 2.